DIE LUPE

DIE LINKE.
Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg
dielinke-tempelhof-schoeneberg.de

Helfen statt reden - DIE LINKE. bürgernah, sozial und Frieden!

Februar-März 2022

Diätenerhöhung in der Pandemie ist das falsche Signal

Zur geplanten Diätenerhöhung erklärt die Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus: In einer Zeit, in der nach wie vor viele Menschen aufgrund der andauernden Corona-Pandemie um ihre materielle Existenz fürchten, halten wir eine Erhöhung der Diäten für die Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses für ein falsches öffentliches Signal.

Wir hätten es für richtig gehalten, wenn wir als Berliner Abgeordnete dem Beispiel unserer Brandenburger Kolleg:innen gefolgt wären und die Erhöhung der Diäten in diesem Jahr ausgesetzt hätten. Wir bedauern, dass es nicht gelungen ist, sich mit den anderen demokratischen Fraktionen, insbesondere denen der SPD und der Grünen auf einen solchen Schritt zu verständigen.
Wir, die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus, haben uns daher einmütig dafür entschieden, diese Diätenerhöhung zu spenden. Mit unserer Spende werden wir insbesondere wohnungslose Menschen sowie Familien, Frauen und Kinder unterstützen, die aufgrund ihrer sozialen Lage besonders hart von den negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffen sind.

26. Januar 2022

Was bewegen Frauen? Wie verändern sie Politik und Gesellschaft?
Auf mehreren Stationen wollen wir uns in Friedenau diesen Fragen nähern und uns anschauen, welche Maßstäbe Frauen setzen. Der Fokus liegt dabei auf sozialer Gerechtigkeit, Teilhabe, Mitbestimmung und Widerstand. Beispiele aus der Geschichte und Gegenwart zeigen, wie Frauen sich in einer Bewegung engagieren.
Anmeldung unter
kontakt@linksfraktion-ts.de
Eine Veranstaltung von

DIE LINKE.

LINKE. Frauen* Tempelhof-Schöneberg

BVV am 19. Januar 2022

Tempohomes nur bedingt nutzbar
Über die Landesebene wurde die Wiederinbetriebnahme der Tempohomes ab 1. Februar für Geflüchtete auf dem Tempelhofer Feld beschlossen. DIE LINKE stellte dazu eine Mündliche Anfrage, da in der Vergangenheit wegen der Trinkwasserbelastung eine Nutzung ausgeschlossen wurde. Bei der Beantwortung wies Bürgermeister Oltmann (Grüne) auf die befristete Erlaubnis seitens des Gesundheitsamts hin. Demnach wurde nur bis 30. April 2022 eine Duldung für einen bestimmten Belegungsabschnitt ausgesprochen. Eine trinkwassertechnische Separierung wurde vorgenommen, mit der Option regelmäßiger Probenahmen. Leider hat das Bezirksamt keine Kenntnis, wie die Verteilung der 280 Personen danach in den Bezirken erfolgen soll. Unser Bezirk, mit derzeit über 2400 Geflüchteten, schiebt die Errichtung von MUFs (Modulare Unterkünfte für Geflüchtete) seit 2018 vor sich her. Damit Integration gelingt, muss schnellstmöglich Sicherheit mit einem festen Wohnplatz geschaffen werden.

Verlängerung der Bauzeit beim Kinder- und Jugendhaus in Marienfelde (KiJuM)
In einer Mündlichen Anfrage der Grünen, wurde gefragt, wann die Bauarbeiten am KiJuM endlich abgeschlossen sind und die Einrichtung eröffnet werden kann. Stadträtin Schöttler (SPD) wies in der Beantwortung auf den Baubeginn mit Umbau-, Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen seit 2018 hin, wobei u.a. „unvorhersehbare Mehraufwendungen“, Kostensteigerungen, Lieferengpässe, Personalausfälle bei den verschiedenen Baufirmen und Vergabeverfahren (bis zu vier Mal) zu den Verzögerungen geführt hätte. Mit dem erneuten Mehrkostenantrag folgt jetzt die Prüfung. Alles in allem kann davon ausgegangen werden, dass die Bauzeit nochmals über zwei Jahre dauern wird. DIE LINKE findet dies, bei allem Verständnis für die Umstände, einen viel zu langen Zeitraum für die anwohnenden Kinder und Jugendlichen, die dann über sechs Jahre ohne einen kreativen Ort benachteiligt werden.

Bauvorhaben am Barbarossadreieck
Das bei Anwohnenden umstrittene Bauvorhaben schreitet voran. Wie über eine Mündliche Anfrage von DIE LINKE von Stadträtin Schöttler (SPD) zu erfahren war, gibt es demnach Bauanträge für die Martin-Luther-Str. 48 (Wohngebäude), den Neubau eines Büro- und Geschäftshauses sowie einer Tiefgarage, alles bisher ohne Baugenehmigung. Innerhalb eines Monats, wenn die erforderlichen Nachweise vorliegen, könne diese jedoch erteilt werden. DIE LINKE steht auf der Seite der Initiative, die dieses massive Bauvorhaben verhindern wollte. Es ist überdimensional, es sind keine preisgebundenen Wohnungen vorgesehen, es vergrößert mit dem Bürokomplex das Verkehrsproblem und bringt Verschattung und weniger öffentlichen Raum für die Nachbarschaft.

Elisabeth Wissel

Helfen statt reden - DIE LINKE. im Rathaus ist für Sie da!

Katharina Marg

katharina.marg[at]
linksfraktion-ts.de

Harald Gindra

harald.gindra[at]
linksfraktion-ts.de

Dr. Christine Scherzinger
christine.scherzinger [at]linksfraktion-ts.de

Martin Rutsch
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
martin.rutsch[at]
linksfraktion-ts.de

Elisabeth Wissel
Fraktionsvorsitzende
elisabeth.wissel[at]
linksfraktion-ts.de
Tel: 0170 92 69 905

„Transformation“ der Regierungspolitik geht zu Lasten des Gemeinwohls

840 Mrd. Euro will die Ampelkoalition als Reaktion auf den Klimawandel, zum Umbau der Industrie und der Vorantreibung der Digitalisierung im Land investieren. Wer profitiert davon? Und weiter fragt sich, in welcher Weise wurde die Bevölkerung dabei bedacht und mitgenommen? Was die Menschen in erster Linie derzeit spüren, sind massive Verteuerungen (nicht nur Energie), viele Arbeitsplatzverluste, Abbau von sozialer Infrastruktur, wie Krankenhäuser, Kaputtsparen von Schulen, Spekulation mit Rentenanteilen, mehr Privatisierungen und uneingeschränktes Aufrüsten. Dabei ist das Regierungshandeln bzgl. Klimaschutz weder konsequent, siehe Genehmigung von Tesla in Brandenburg oder weitere Waldrodungen für den Autobahnausbau, noch handlungsfähig, wenn es um entscheidende Schritte wie beispielsweise für ein Tempolimit auf Autobahnen oder die Verlagerung des Haupt-Verkehrs auf die Schiene geht. Die Unzufriedenheit der Werktätigen und der auch weiterhin sozial Benachteiligten wächst, die ihren Unmut zu Tausenden auf die Straße tragen, wobei es nicht nur um die Coronamaßnahmen geht, sondern zunehmend um scharfe Kritik an der Landespolitik. Eine zunehmende Verarmung der arbeitenden Bevölkerung wird von der Koalition ignoriert, stattdessen geht es immer nur um Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit. Zweitrangig bleibt, was für das Gemeinwohl erforderlich wäre, nämlich Geld in soziale Infrastruktur zu investieren. Man kann die Schließung von Krankenhäusern nur immer wieder skandalisieren. 2020 wurden 20 Kliniken geschlossen, und 2021 sind weitere 80 Kliniken zum Teil schon geschlossen oder von einer Schließung bedroht. Und Ver.di darf in dieser Sache nicht zum Streik aufrufen, da sie sich lediglich auf Tarifkämpfe/Personal beschränken müssen.

Fortsetzung auf Seite 4

Büro und Erreichbarkeit
im **Rathaus Schöneberg**:
John-F.-Kennedy-Platz 1,
10825 Berlin
Raum 2115

Tel:
030 /90 27 74 898
(Neu:
030 26 59 34 86)

E-Mail: *kontakt[at] linksfraktion-ts.de*

Sprechstunde:
Mittwochs
15 - 17 Uhr

Transformation“ der Regierungspolitik geht zu Lasten des Gemeinwohls

Fortsetzung von Seite 3

Die bürgerlichen Parteien können gut damit leben, mit Demokratie hat dies aber nichts zu tun und von SPD, Grüne und FDP ist kein Umdenken im kapitalistischen System zu erwarten. Ihre Ziele mit der angekündigten „Transformation“ bedeuten harte Einschnitte, Habeck: „Es wird also auch Enttäuschung und vielleicht Zorn geben.“ Es werden Arbeitsplätze verloren gehen und neu entstehende werden schlechter bezahlt sein, mit weniger Entgelt für die Beschäftigten, das ist die Befürchtung der Arbeiterschaft aus Diskussionskreisen, denn es gibt keinen flächendeckenden Tarifvertrag. Unsicherheit, Verteuerungen, schlechtere Gesundheitsversorgung, Demokratieabbau sind für die nächsten vier Jahre zu erwarten. Dagegen werden Konzerne mit Milliarden für die Transformation gesponsert, ohne Bedingungen gegenüber der Arbeiterschaft, wie beispielsweise Arbeitsplätze nicht zu verlagern und Tariflöhne zu zahlen.

Elisabeth Wissel

Kiezläden trotz Corona-Belastung gekündigt und bedroht

Zwei Vorgänge beschäftigten mich in den letzten Tagen: Der Bioladen/-cafe „Ährensache“ in der Apostel-Paulus-Straße und „Grunewalder“ in der gleichnamigen Straße.
Beide sind wegen Kündigungen in der Existenz bedroht und haben schwierigen Zugang zu den eigentlichen Eigentümern.
„Ährensache“ soll nach 25 Jahren raus, der Eigentümer soll ein Ire sein, der sich in Sydney niedergelassen hat, siehe LINK zur Online-Petition (Anfang Februar bereits über 2.000 Unterstützer).

Aus dem unbefristeten Vertrag ergibt sich eine Kündigungsfrist von einem halben Jahr. Man kann also noch etwas bewegen? Weitere Informationen und Unterstützung: https://bit.ly/34cy1ID
Schwieriger hat es der Feinkostladen „Grunewalder“ (Nähe Bayrischer Platz): Nach einem verlorenen Rechtsstreit, der zunächst ein positives Ende erwarten ließ, war eine Räumung schon zum 8. Februar angesetzt. Unklar, ob bis zum Erscheinen der Zeitung noch durch Vermittlung u.a. des Bezirksamts ein Aufschub erreichbar ist. Eigentümer ist ein anonymer Fonds (Fairview Properties S.a.r.l., L-1610 Luxemburg). Die Zeitung „nd“ hat recherchiert: „… Über ein Beteiligungsgeflecht über Zypern und die britischen Jungferninseln führen die Spuren zur Pears Group der gleichnamigen Milliardärsfamilie.“ Die Pears Group ist in Berlin bekannt dafür, dass sie über zahlreiche Briefkastenfirmen sich verbirgt und auch gegen Wohnungsmieter_innen alle Möglichkeiten nutzt Renditesteigerungen durchzusetzen.
https://www.facebook.com/grunewaldermarkt

Harald Gindra

Energiearmut bekämpfen - Heizkostenzuschuss der Bundesregierung reicht nicht aus

Zum Beschluss der Bundesregierung einen einmaligen Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfängerinnen und Wohngeldempfänger in Höhe von 135 Euro für Einzel- bzw. 175 Euro für Doppelhaushalte (plus 35 Euro pro weitere Person im Haushalt) sowie 115 Euro für Studierende und Auszubildende zu zahlen, erklärt der energiepolitische Sprecher der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus Alexander King:
„Die Unterstützung der Bundesregierung für die berechtigten Haushalte ist angesichts der massiv gestiegenen Energiepreise bei Weitem nicht ausreichend und müsste, so wie vom Bundesverband der Verbraucherzentralen vorgeschlagen, bei mindestens 500 Euro liegen. Die Unterstützungsleistung der Bundesregierung mit insgesamt nur 190 Millionen Euro bleibt weit hinter den Bemühungen anderer Regierungen in Europa zurück. Frankreich zum Beispiel nimmt 8 Milliarden Euro in die Hand, um Energiepreise zu deckeln.
Der Kreis der Zuschuss-Berechtigten muss zudem auf Menschen mit geringen Einkommen, aber keine Sozialleistungen beziehen, ausgeweitet werden. Insbesondere Familien sind bereits durch Corona-bedingte Ausgaben stark belastet.

Weiterhin sollten Maßnahmen ergriffen werden, um die Folgen der Kapriolen auf den Energiemärkten für die Betroffenen abzufedern. Es gilt besonders diejenigen zu schützen, die jetzt von ihren Anbietern im Stich gelassen werden und in die Grund- oder Ersatzversorgung rutschen, wo sie mit einer Vervielfachung ihrer Gas- und Strompreise konfrontiert sind. Gas- und Stromsperren müssen ausgeschlossen werden. Das Landeskartellamt sollte überprüfen, ob Grundversorger die Notlage der kurzfristig in die Ersatzversorgung gerutschten Neukunden ausnutzen. Von den Versorgern erwarten wir außerdem die Möglichkeit entgegenkommender und kulanter Ratenzahlungen.
Auch die Rechtmäßigkeit der Massenflucht von mehr oder weniger seriösen Billiganbietern aus ihren Verträgen muss geprüft werden.
Schließlich müssen die Regelsätze von Transferleistungen schnell an die Realitäten angepasst werden. Der im Regelsatz vorgesehene Anteil für Stromkosten reichte bereits in der Vergangenheit nicht zur Deckung der tatsächlichen Kosten aus. Dieses Problem wird durch die aktuellen Preissteigerungen und die Kündigung von Verträgen noch verschärft. Der Regelsatz muss daher so angehoben werden, dass die gestiegenen tatsächlichen Energiekosten von den Verbraucher:innen auch getragen werden können."

Alexander King
2. Februar 2022

DIE LINKE.
im Abgeordnetenhaus von Berlin

Alexander King MdA
Sprecher für Medien, Energie und Entwicklungspolitik
alexander.king@dielinke.berlin

Wahlkreisbüro:
in Tempelhof:
STADTBÜRO:
Kaiserin-Augusta-Str. 75
12103 Berlin
Tel: 66 86 42 45
Di. 10-16 Uhr
Mi. 10-16 Uhr
Do. 10-16 Uhr
Sprechstunde
mit Elisabeth Wissel (BV Linksfraktion in der BVV):
Mo. 16-18 Uhr,
Sprechstunde
mit Alexander King MdA,
nach Vereinbarung.

in Marienfelde:
KIEZBÜRO:
Hildburghauser Str. 29.
12279 Berlin
Tel: 40 74 89 79
Di. 10-16 Uhr
Do. 12-18 Uhr
Mieterberatung
je am 1. Do. im Monat,
16-18 Uhr
Sozialberatung
mit M. Lampel
1. Mo. 16-18 Uhr und
3. Mo. im Monat 14-16 Uhr
Sprechstunde
mit Harald Gindra (BV Linksfraktion in der BVV):
1. und 3. Fr. 12-16 Uhr.
Sprechstunde
mit Alexander King MdA,
nach Vereinbarung.

Sprechstunden und Beratung nur mit Anmeldung und unter Einhaltung der Covid-19-Regeln.

Sensation in Graz:
In der zweitgrößten österreichischen Stadt wird eine Kommunistin zur Bürgermeisterin gewählt!

„Helfen statt Reden“ ist das Motto der Kommunisten in der Steiermark, was zum Wahlerfolg der KPÖ am 26. September letzten Jahres in der Landeshauptstadt Graz führte. 28,9 Prozent der Wähler gaben der KPÖ die Stimme, sodass sie erstmals in der Geschichte Österreichs als stärkste Partei in einer Koalition mit den Grünen und der SPÖ eine Landeshauptstadt regieren kann.
Unlängst war der Grazer Gesundheitsstadt Robert Krotzer zu Gast bei den LINKEN in Tempelhof-Schöneberg und berichtete über das Geheimnis dieses Erfolgs.
Ausgehend von der großen Krise linker Parteien 1989 / 90 fragten sich damals die dortigen Genossinnen und Genossen, wie es mit linker, ja kommunistischer Politik weitergehen kann. Die Landesorganisation der KPÖ entschied: Wir wollen eine nützliche Partei für die Menschen im Alltag sein und nicht nur wie andere Politiker eine „Erzählung“ nach der anderen in Wahlkämpfen absondern, sondern verbindlich, abrechenbar und zuverlässig „Helfen statt nur zu reden“.
Der Grazer Gemeinderat Ernest Kaltenegger finanzierte als Einzelkämpfer aus seinen Abgeordnetenbezügen schon Anfang der 90er Jahre einen Rechtshilfefond für Spekulantenopfer. 1992 wurde dann die heutige Bürgermeisterin Elke Kahr als zweite kommunistische Gemeinderätin gewählt, schon damals machte die Partei mit ihren beiden Abgeordneten durch außerparlamentarische Kampagnen Druck auf die anderen, etablierten Parteien und schaffte gleichzeitig Transparenz durch die Berichterstattung in der KPÖ Zeitung „Grazer Stadtblatt“, das bis heute an alle Haushalte der Stadt kostenlos verteilt wird. Und wenn auch die KPÖ sich in vielen sozialen Fragen, die der Bevölkerung auf den Nägeln brannte, zunächst nicht durchsetzte, die Partei blieb an den Problemen dran: So konnte sie mit fast 20000 Unterschriften im Rücken eine Mietpreisbegrenzung bei den Städtischen Gemeindewohnungen auf maximal 1/3 des Monatsgehalts durchsetzen, nach vielen Jahren eine Sozialcard mit wichtigen Vergünstigungen für einkommensarme Grazer Bürger erkämpfen, wurden mit Hilfe der Bevölkerung in weiteren Unterschriftenkampagnen der Verkauf der Gemeindewohnungen, die kostspielige Olympiabewerbung der Stadt oder das teure, umweltfeindliche Großprojekt einer Gondelseilbahn verhindert.
Der wirkliche Grund für den Erfolg liegt jedoch im völlig anderen Politikverständnis und in der damit verbundenen Glaubwürdigkeit der Grazer Kommunisten. Alle Mandatare spenden 2/3 ihrer Politikerbezüge nicht etwa für die Partei, sondern für die Finanzierung von Mieter – und Sozialberatungen, dem Abwenden von Wohnungsräumungen und für die Unterstützung vieler Menschen in sozialen Notlagen. So sind seit 1998 über 2 Millionen Euro aus den stark überhöhten Politikerdiäten zusammengekommen, die der Bevölkerung „zurückgegeben wurden“.
Neben weiteren sozialen Verbesserungen haben die Grazer KommunistInnen eines erreicht: Viele Menschen, die sich ansonsten von der Politik abwenden, haben Vertrauen zu ihnen gefunden. Die Büros der Bürgermeisterin und der beiden anderen kommunistischen Stadträte stehen den Menschen jederzeit offen. Und es kommen auch ganz andere Menschen als Mitglieder zur KPÖ. Durch die Begrenzung der Einkommen aller Mandatsträger, einschließlich der Bürgermeisterin, auf ein Facharbeitergehalt, engagieren sich in der KPÖ auch junge Leute, die nicht aus Karrieregründen „in die Politik gehen“, wie es so schön heißt….
Es handelt sich hier um eine Organisation, die ihre linke und in diesem Fall sogar kommunistische Identität nicht abgelegt hat, aber dennoch ihre Konsequenzen nach 1989/90 aus dem klaffenden Widerspruch zwischen sozialem und demokratischem Anspruch und der leider häufig abgehobenen Praxis von Funktionären mit Privilegien gezogen hat. Das macht die Stärke der Kommunisten in der Steiermark aus. Seit 2003 haben wir Linke in Tempelhof-Schöneberg freundschaftliche Beziehungen und einen intensiven Erfahrungsaustausch. Der Grazer Ansatz macht Mut und ist ein wichtiger Beitrag zur Überwindung der Krise der Linken.

Carsten Schulz

Rede beim antifaschistischen Gedenken an Robert Uhrig am 5. Februar in der Wartburgstraße in Schöneberg.

Vor achtzig Jahren wurde mit Robert Uhrig einer der wichtigsten Organisatoren des betrieblichen Widerstands gegen das Naziregime an diesem Ort verhaftet. Nach Martyrium im Konzentrationslager Sachsenhausen und Verurteilung durch den Volksgerichtshof wurde er am 21. August 44 im Zuchthaus Brandenburg ermordet.

Warum ist es wichtig, an Robert Uhrig und sein antifaschistisches Wirken zu gedenken? Dafür gibt es zwei wesentliche Gründe: Konstantin Wecker ruft in seinem bekannten Lied dazu auf Nein zu sagen, wenn „ganz unverhohlen mit bewährten Kriegsparolen sie scheinheilig zum Höchsten beten und das Recht mit Füßen treten“. Robert Uhrig hat Nein gesagt und aus diesem Wort lebendig Tat gemacht. Er ist zweifelsohne Vorbild - ein Mensch, der richtig handelte in der finstersten Zeit von Krieg und Faschismus.

Doch etwas Anderes ist mindestens genauso wichtig: Uhrig war Kommunist und hat seine politische Gesinnung nie verloren. Es ist kein Zufall, dass im kollektiven Gedächtnis, insbesondere in der Bundesrepublik, der Name und das Wirken der Uhrig-Gruppe wenig bekannt sind. Geschichte und Erinnerung unterliegen immer politischen Weichenstellungen und gerade der Antikommunismus der Bundesrepublik hat das Wirken des kommunistisch-betrieblichen Widerstands nie aus Überzeugung gewürdigt.

Dies ist unsere Aufgabe. Antifaschismus bildet das Rückgrat einer Demokratie. Menschen wie Robert Uhrig kämpften und starben für ein freies und demokratisches Deutschland, frei vom Joch des Faschismus. Heute ist dies dringender wie nie zuvor. Brechts Eindruck, dass „der Schoß fruchtbar noch, aus dem das kroch“, bleibt angesichts einer organisierten Rechten in den Parlamenten, auf den Straßen und im Netz richtig. Der politische Antifaschismus steht gerade jetzt vor gewaltigen Aufgaben:
Die jetzt junge Generation wird die letzte sein, die Zeitzeugen persönlich kennenlernen durfte. Kein Geschichtsbuch, kein Film, kein Dokument ist so nahegehend wie ein persönlich geschildertes menschliches Schicksal. In solchen Momenten wandelt sich Wissen in tiefe Überzeugung. Wir, die Nachgeborenen, haben die Pflicht, diese tiefe Überzeugung weiterzugeben. Und dabei ist es besonders wichtig, dass wir bei aller medialen Aufarbeitung die Lücken im kollektiven Gedächtnis schließen.

Das Leben und Wirken von Robert Uhrig und seinen Genossinnen und Genossen bleibt erhalten. Der Mensch ist erst wirklich tot, wenn niemand mehr an ihn denkt, sagt Bertolt Brecht. Wir halten Robert Uhrig und sein Werk am Leben - in unseren Gedanken, durch unsere Worte und mit unseren Taten.

Martin Rutsch

DIE LINKE.
Tempelhof - Schöneberg
Bezirksgeschäftsstelle:
Feurigstr. 68, 10827 Berlin
Öffnungszeiten i.d.R.:
Mo. und Fr. 12-15 Uhr
Di. und Do.: 12-18 Uhr
Tel. : +49 30 21 997 140
Fax: +49 21 729 26
E-Mail: bezirk[at]dielinke-tempelhof-schoeneberg.de
Webseite: www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de

Termine
finden derzeit voraussichtlich online statt**.** Nur mit Anmeldung.

Wegen Covid-19 sind Änderungen möglich.

Bezirksvorstand
09.02.2022 und
23.02.2022, online, 19 Uhr
Klausur 19.02. 11 Uhr
09.03. u. 23.03.22, 19 Uhr
Basisorganisation Schöneberg
22.02.22, 19 Uhr
22.03.22 19 Uhr
Basisorganisation Tempelhof
Do. 24.02.22, 19 Uhr
Weitere Termine
5.03."Frauen März" Historische Tour durch Friedenau
Sozialrechtsberatung
Claus Förster und Dipl. Sozpäd. M. Lampel i.d.R. am 2. Dienstag im Monat, 16 Uhr in der Roten Insel
Nur mit Anmeldung und unter Einhaltung der Covid-19-Regeln.

Bezirksamt verweigert Lucie-Leydicke-Platz

Das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg hat den Antrag auf Benennung eines Platzes nach Lucie Leydicke, einer Kiezgröße aus dem Schöneberger Norden, abgelehnt. Der Beschluss war nur gegen die Stimmen der Grünen aus der BVV mit großer Mehrheit angenommen worden. Das ist eine Wertschätzung von Lucie Leydickes Werk in Schöneberg. Umso unverständlicher ist die Ankündigung des Bezirksamts, nun an der geplanten Stelle des Platzes eine Toilette zu errichten. Dazu Martin Rutsch, stellvertretender Fraktionsvorsitzender: "Das Bezirksamt lehnt unseren Antrag aus formellen Gründen des Berliner Straßengesetzes ab. Umso erschreckender ist, dass an dem geplanten Ort vor der Silaskirche stattdessen eine "Berliner Toilette" für die Markttage errichtet werden soll. In direkter Sichtweite befindet sich bereits in der Bülowstraße eine solche Toilette. Wir werden versuchen, eine bessere Lösung für dieses Problem zu finden und eine Toilette an dem Ort zu verhindern."
Der Vorwurf, unser Antrag sei nicht ausreichend begründet gewesen, ist haltlos. Über zwei Monate lag der Antrag im Ausschuss. Das hätte Zeit gegeben, mögliche Änderungen einzubringen oder offene Fragen durch eigene Recherche zu klären. Leider ist das ausgeblieben. Das Bezirksamt hat in seiner Antwort auf den Antrag keine Initiative gezeigt, eine alternative Lösung zu finden, um Lucie Leydicke im Kiez zu ehren. So wird beispielsweise nicht der Platzcharakter der Crellestraße beim S-Bahnhof diskutiert, obwohl diese praktisch teileingezogen ist. Derzeit läuft eine kleine Anfrage, der gegebenenfalls eine neue Antragsinitative folgen wird."

Martin Rutsch

Mieter-Aufruf: *Gentrifizierung* **- Wir sind an Ihren Erfahrungen interessiert!**
DIE LINKE als kleine Partei in einem großen Bezirk kann nicht überall sein. Wir wollen aber herausfinden, in welch-em Umfang und mit welchen Methoden sich Ihre Nachbarschaft verändert. Warum Mieter mit kleinem Einkommen wegziehen müssen und sich die sogenannte „Aufwertung“ von Kiezen breit macht. Deswegen bitten wir Sie um Informationen: Wo werden aufwändige Sanierungen geplant, verbunden mit der Ankündigung erheblicher Mietsteigerungen? Wo werden ganze Häuser „leergezogen“ um grundzusanieren und anschließend in Eigentumswohnungen umzuwandeln? Wo werden Wohnungen zu Ferienwohnungen umgewandelt oder bereits als solche genutzt? Wo werden die weitgehenden Mieterhöh-ungsspielräume extrem ausgenutzt? Wo werden Wohnungswechsel zu ex-tremen Mieterhöhungen genutzt? Wo müssen Hartz-IV-Haushalte Wohnungen räumen, weil sie eine Aufforderung des JobCenters erhielten, ihre Mietkosten zu senken? Wir wollen das in politische Initiative umsetzen: krasse Fälle öffentlich machen, die Vernetzung und den Widerstand unterstützen und im Rahmen unserer Möglichkeiten auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene parlamentarische Initiativen anstoßen. **Helfen Sie uns dabei!** Mieter-Notrufe: Mi. 15-17 Uhr: 902 77 48 98 | per E-Mail an: kontakt[at]linksfraktion-ts.de oder per Post an: DIE LINKE, Feurigstraße 68, 10827 Berlin

Impressum Herausgeber: DIE LINKE Berlin, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Redaktion: DIE LINKE. Tempelhof-Schöneberg; Berliner Bank IBAN: DE 75 1007 0848 0525 6078 06 BIC: DEUTDEDB110; Erscheinungsweise: 10-12x jährlich; diese Ausgabe: Auflage: 500 Exemplare; V.i.S.d.P.: Bezirksvorstand, Martin Rutsch; Layout: G. Irazoque; Druck: Druckerei Gottschalk; Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des Autors oder der Autorin wieder und entsprechen nicht immer der Meinung der Redaktion oder des Bezirksvorstandes. Planung für die nächste Ausgabe: 23.02.2022, Redaktionsschluss: 15.03.2022. Schlussredaktion der Februar-Ausgabe 15.02.2022. Die Februar-2022-Ausgabe erscheint voraussichtlich online am 23.02.2022. In Druckversion am 25. Februar 2022.